Nr. 459 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 92

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21,50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 8.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 3, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 15. September 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Der kranke Präsident.

Paris, 15. September. Wie der „Matin" in Sperrdruck mitteilt, hat sich der Gesundheitszustand des Präsidenten der Republik Deschanel am letzten Freitag ernstlich verschlimmert. In Abgeordnetenkreisen spricht man von der Möglichkeit seines unmittelbarbevorstehenden Rücktrittes. Der Minister des Innern hat sich sofort nach Aix-les-Bains begeben, um den Ministerpräsidenten Millerand von der Lage zu unterrichten. Sofort nach seiner Rückkehr wird sich der Ministerrat mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Wie das „Journal" dazu mitteilt, rechnet man damit, daß im Laufe der nächsten Woche eine Zusammenberufung des Parlaments zu einer außerordentlichen Tagung erfolgt, in der nur der Rücktritt Deschanels und das Dekret über die Einberufung der Nationalversammlung verlesen werden soll, da verfassungsgemäß innerhalb 48 Stunden nach dem Rücktritt des Präsidenten die Nationalversammlung zusammentreten muß.

Die Brüsseler Finanzkonferenz.

Die Besiegten eingeladen — aber nur als Mitberater.

Paris, 15. September. (WTB.) Havas berichtet aus London, daß an der Brüsseler Konferenz am 24. September alle Staaten einschließlich der Vereinigten Staaten durch je drei Delegierte vertreten sein werden. Deutschland, Oesterreich und Bulgarien werden eingeladen, Delegierte zu entsenden, die aber nur beratende Stimme haben sollen.

Nachklänge von Aix-les-Bains.

Aix-les-Bains, 15. September. (WTB.) Giolitti hat, wie Havas berichtet, von Barbonecchia aus ein Telegramm an Millerand gerichtet, in dem es nach einem Dank für den herzlichen Empfang unter anderem heißt: Unsere Begegnung, eine Kundgebung der aufrichtigen Freundschaft der beiden Nationen, wird, dessen bin ich sicher, die Zusammenarbeit Frankreichs und Italiens an den Werken des Friedens fruchtbarer gestalten. Millerand erwiderte mit einem Telegramm, das unter anderem besagt: Wie Sie, bin ich glücklich in dem Gedanken, daß unsere Begegnung und unser so vertrauensvoller Meinungsaustausch das dauernde Einvernehmen zwischen Frankreich und Italien in der Festigung des Friedens stärken und die Bande, welche die beiden lateinischen Völker vereinigen, enger gestalten möge.

Die französische Presse zufrieden.

Paris, 15. September. (Hollandsch Nieuwsbureau.) Die Blätter zeigen sich über das Ergebnis von Aix-les-Bains befriedigt. Die Zusammenkunft war anfangs schwül und abwartend, aber es bildete sich bald ein freundschaftliches, vertrauendes Verhältnis. Das Blatt „L'Oeuvre" spricht von einer Entente cordiale. „Echo de Paris" sagt: Es geht darum, die Harmonie zwischen Frankreich und England, die durch den Konflikt im August gelitten hat, wieder herzustellen. Eine neue gute Verständigung ist im Werden. Downing-Street hat ihre Meinung in der Danziger Frage geändert, ebenso Sir Reginald Tower. Weiter hat Millerand die britische Anregung zur Beiwohnung der Londoner Konferenz über die Grenzfragen zwischen Litauen und Polen angenommen, unter der Bedingung, daß die Konferenz sich darauf beschränkt und daß die Sowjetregierung nicht hinzugezogen wird. Man hofft, die letzten Reibungen für die Wiederherstellung der Entente cordiale aus dem Wege zu schaffen.

Ein versöhnlicher Kommentar Giolittis.

Zu der offiziellen Erklärung über die Konferenz von Aix-les-Bains bemerkt der Sonderberichterstatter des „Corriere della Sera": Giolitti habe im Gespräche mit Journalisten erklärt, daß der Satz, daß die gewissenhafte Erfüllung ihrer Verpflichtungen die wesentlichste Bedingung für die Teilnahme der Nationen am Völkerbunde sei, nicht in dem Sinne ausgelegt werden dürfe, daß Deutschland, um zum Völkerbunde zugelassen zu werden, warten müsse, bis es seine Verpflichtungen vollständig erfüllt habe. Das würde nach den Erklärungen Giolittis eine zu lange Wartezeit bedeuten. Man verlange von Deutschland nur, daß es seinen guten Willen in der Anwendung des Versailler Vertrages beweise. Was den Zeitpunkt seines Eintritts in die Völkerfamilie betrifft, so werde dieser eben vom Grade des guten Willens abhängen, den es bei Ausführung seiner Verpflichtungen zeigen werde.

Auch Tschitscherin geht nach Riga?

London, 15. September. (Hollandsch Nieuwsbureau.) Die „Morning Post" meldet aus Helsingfors, daß außer Joffe auch Tschitscherin als Delegierter in Riga erwartet wird.

Polnischer Heeresbericht.

Warschau, 15. September. Im Generalstabsbericht vom 14. 9. heißt es: Bolschewistische Abteilungen, denen es gelungen war, im Bereiche von Rohatyn durchzubrechen, wurden auf der Linie des Flusses Swierz aufgehalten. Im Raume von Sokal erkämpfen sich unsere Truppen den Uebergang über den Bug; sie drangen nach schweren Kämpfen, in denen der Feind große Verluste erlitt, bis Tartakow vor und besetzten es.

Unsere gegen die berittene Armee Budjennys kämpfenden Divisionen besetzten Wladimir-Wolhynsk. Am 13. September wurde Kowel von unseren Truppen besetzt, wobei dreitausend Gefangene gemacht und 36 Geschütze, zwei Panzerzüge, drei Aeroplane, vier Lokomotiven und dreihundert Waggons und sehr viel Kriegsmaterial erbeutet wurde. Nördlich von Kobrin an der Chaussee nach Prushany trafen wir auf hartnäckigen Widerstand des Feindes, der unter unserem Kreuzfeuer schwere Verluste erlitt, wobei wir zweihundert Gefangene machten. Gestern früh 9 Uhr griffen die Litauer trotz des verabredeten Waffenstillstandes unsere Abteilungen in Sejny unerwartet an und dringen weiter in südwestlicher Richtung vor.

Die englische Streikgefahr.

Lloyd George und die Gewerkschaften.

Paris, 15. September. (WTB.) Wie „Matin" aus London meldet, erklärt Lloyd George in einem offenen Brief, daß die Regierung die Absicht habe, die Staatskontrolle über die Kohlenindustrie rückgängig zu machen. Er habe immer anerkannt, daß die gewerkschaftlichen Organisationen für die Arbeiterklasse von wesentlicher Bedeutung seien und immer den Grundsatz vertreten, daß die Gewerkschaften die Interessen ihrer Mitglieder auf industriellem Gebiet vertreten müßten. Wenn aber irgendeine Gewerkschaft versuche, in die Funktionen einzugreifen, die der Regierung anvertraut sind, so werde er ihr energisch entgegentreten. Diejenigen, die derartiges versuchten und diejenigen, die ihnen nicht entgegenträten, seien es, die die Stellung und das Werk der Gewerkschaften in Gefahr brächten.

Bessere Aussichten auf Regelung.

Amsterdam, 15. September. (WTB.) „Telegraaf" meldet aus London, daß sich die Aussichten auf eine Regelung im englischen Bergarbeiterstreik verbessern. „Times" veröffentlicht einen Brief Smillies, in dem dieser kategorisch in Abrede stellt, daß der Kampf der Bergarbeiter um die Sozialisierung geht und politischen Charakter trägt.

Warum die Bourgeoisie scharf macht.

London, 15. September. (Meldung des Hollandsch Nieuwsbureau.) „Daily Herald" behauptet, daß die bürgerlichen Parteien und ihre Presse den Streik gern auf die Spitze treiben möchten, weil sie hoffen, die Widerstandskraft der Arbeiter dadurch zu erschöpfen, so daß diese bei der Gelegenheit der Wahlkampagne wegen Mangel an Geld unterliegen werden, wenn sie jetzt bei dem Streik ihre Mittel verausgaben.

Der „Daily Herald" lehnt das russische Geld ab.

Amsterdam, 15. September. Laut „Telegraaf" hat die Direktion des „Daily Herald" beschlossen, die von der russischen Regierung angebotene Unterstützung von 75 000 Pfund Sterling nicht anzunehmen und den Redakteur Meynell, der das Geld angenommen hat, zu entlassen.

Praktische Gewerkschaftsarbeit in Italien.

Der Metallarbeiterverband als Großindustrieller.

Rom, 15. September. (Stefani.) Der Nationalverband der Gewerkschaften setzte seine Verhandlungen mit den Ministern für öffentliche Arbeiten und für Inneres sowie mit mehreren Banken zum Zwecke der Erwerbung einiger großer Betriebe durch ein nationales Konsortium der Metallurgischen Gewerkschaft fort. Die Erwerbung der Werften von Castellammare, die 2000 Arbeiter beschäftigen, scheint nahe bevorzustehen.

Schlechte Wahlaussichten der Demokraten.

Vernichtende Niederlage im Staate Maine.

London, 15. September. (WTB.) „Times" meldet aus Washington, daß die Demokraten bei den örtlichen Wahlen im Staate Maine eine vernichtende Niederlage erlitten haben. Der republikanische Gouverneur wurde mit einer Stimmenmehrheit von 60 000 gewählt und alle Kongreßmitglieder und Behörden von Maine werden Republikaner sein. Die Unbeliebtheit Wilsons scheint an der Niederlage der Demokraten schuld zu sein.

Aufgehobene Saar-Ausweisungen. Sofort nach Aufhebung des Belagerungszustandes hat die Regierungskommission mit der Nachprüfung der Ausweisungsbefehle begonnen. Nach der ersten Aktendurchsicht wurden etwa sieben Ausgewiesene ermächtigt, zurückzukehren.

Russische Gewerkschaften.

Von A. Grigorjanz.

Der unsern Lesern wohlbekannte Verfasser, ein russischer Gewerkschaftsgenosse aus vorbolschewistischer Zeit, nimmt den geplanten Besuch russischer Gewerkschafter in Berlin zum Anlaß, die Wandlungen darzulegen, die das russische Gewerkschaftswesen durch den Bolschewismus erfahren hat. Inzwischen kommt die Nachricht, daß der Delegation die Einreise nach Deutschland verweigert wird. Meinungsverschiedenheiten, wie sie durch den folgenden Artikel zum Ausdruck kommen, können uns nicht hindern, diese Einreiseverweigerung für einen schweren Fehler zu halten und nachdrücklichst ihre Aufhebung zu verlangen.

Redaktion des „Vorwärts".

Noch sind Dittmanns Artikel über Sowjet-Rußland in aller Erinnerung. Die vielseitige Redaktion der „Freiheit" bringt nun aber in der Morgennummer vom 14. September einen Artikel, betitelt „Eine Delegation der russischen Gewerkschaften", der einen ganz anderen Geist atmet, als die Ausführungen Dittmanns über die russischen Gewerkschaften. Dem Artikel ist übrigens von weitem anzusehen, daß er nicht in der Redaktion entstanden ist. Das ist jene Sorte von journalistischen Erzeugnissen, die durch ihre süßliche Stilisierung, reichlich aufgetragene Schminke und die abgerundeten Gedankengänge von selbst auffallen, und von denen jeder versteht, daß sie offiziös (in diesem Fall also russisch-offiziös) inspiriert sind.

Der kurze Sinn des erwähnten Artikels besteht darin, daß eine Abordnung der russischen Gewerkschaften nach Deutschland kommt bzw. zum Teil schon eingereist ist, und ferner, daß diese Abordnung 5 200 000 gewerkschaftlich organisierte russische Arbeiter vertritt.

Außer den „Potemkinschen Dörfern" hat der russische Kulturschatz einen ähnlich unsterblichen Begriff, der in den Worten „tote Seelen" ausgedrückt wird. In dem genialen Roman Gogols war es der arme Adlige Tschitschikoff, der den Gutsbesitzern gestorbene Bauern, für die die Kopfsteuer noch eine Zeitlang zu bezahlen war, und die somit lästig waren, „abkaufte", um reich zu erscheinen und eine reiche Partie machen zu können. Jetzt sind es die Bolschewiki, die die Toten auf dem Schlachtfelde der russischen Industrie zählen und sie in Westeuropa aufmarschieren lassen.

Angesichts dieses neuen Bluffs mit den 5 200 000 organisierten Gewerkschaftlern ist es die dringendste Pflicht auszusprechen, daß es in Sowjet-Rußland keine Gewerkschaftsbewegung gibt und daß das, was man dort unter Gewerkschaften gemeint haben will, etwas ganz anderes ist, als im übrigen Europa. Die angereiste Delegation mag aus vorzüglichen Menschen, ausgezeichneten Politikern, gewissenhaften Sowjetbeamten, oder was sie sonst immer sind, bestehen, keinesfalls sind aber ihre Mitglieder als Gewerkschaftsabgesandte im landläufigen Sinne zu betrachten. Man möge selbst urteilen.

Es gab eine Zeit, in der es eine machtvolle und prächtige Gewerkschaftsbewegung in Rußland gab. Das war in den Jahren 1905—1906 und dann wieder im ersten Revolutionsjahre 1917. Lawinenartig wuchs sie an, und als Gewerkschaftsbewegung war sie dem Bolschewismus abhold. In ihrem Kampf gegen die Kerenski-Regierung und die Gewerkschaften bedienten sich die Bolschewiki der Fabrikkomitees, die dasselbe sind wie die Betriebsräte in Deutschland. Der Niedergang der Petersburger Industrie, die Abwanderung der Arbeiter, die wachsende Passivität als Folge der Kriegsverhältnisse, führten dazu, daß sich die Bolschewiki in der Organisation der Fabrikkomitees durchsetzten. Zur Macht gelangt, setzten sie mit ihrer bekannten Rücksichtslosigkeit alles daran, um die nicht bolschewistischen Elemente aus den Gewerkschaftsleitungen zu beseitigen. Alle Mittel waren dazu gut. Da die Industrie immer mehr und mehr verfiel, war das Spiel den übermütigen Machthabern erleichtert, und sie konnten in kurzer Zeit mit einem durchgreifenden Erfolg triumphieren. Aber erst in diesem Sommer wurde das letzte Stück vollbracht, indem die ganze Leitung der Moskauer Buchdruckergewerkschaft, die der englischen Arbeiterdelegation Einblick in die wahren Zustände in Sowjet-Rußland gewährte, verhaftet und von oben durch einen neuen Vorstand ersetzt wurde.

Als die Bolschewiki nun die Gewerkschaften unterworfen hatten und daran gingen, mit Hilfe des, wenn auch nicht ganz tadellos arbeitenden, aber immerhin nicht zu unterschätzenden gewerkschaftlichen Apparates ihre Ziele weiter zu verfolgen, da begannen die Fabrikkomitees zu rebellieren. Sie fühlten sich zurückgesetzt. Schließlich wurden Kompromisse geschlossen, und eine Neuordnung kam zustande. Die Reform bestand darin, daß die Gewerkschaften mit den Fabrikkomitees verschmolzen wurden, und zwar auf die Weise, daß sie sich der Organisation der Fabrikkomitees völlig anpaßten. Die früheren Gewerkschaften wurden zertrümmert, und es entstanden nach Industrien geordnete Gebilde, die man Gewerk-

schaften nannte. Irgendwelche Anstalten dazu, wenigstens Berufsgruppen zu bilden, sind nicht getroffen worden. Die Fabrikkomitees sind Verwaltungsorgane dieser neuen Gewerkschaften. Aus dieser Struktur ist zu ersehen, daß die neuen Organisationen nicht zur Vertretung der Berufsinteressen, sondern mehr dazu geeignet sind, allgemeine, politische Interessen hervortreten zu lassen.

Bald kam ein weiteres Moment hinzu. Die neuen Gewerkschaften wurden in das System der herrschenden Gewalt in ganz formeller Weise eingegliedert. Es wurden ihnen bestimmte Funktionen im Gefüge des Staatsmechanismus übertragen. Sie haben sich aus freiwilligen Organisationen in obrigkeitliche Stellen verwandelt, die den Arbeiter in der Fabrik überwachen, bestrafen und in jeder Weise bevormunden. Schließlich kam es dazu, daß die Gewerkschaftsorganisation und die Belegschaft der Fabriken einunddasselbe wurden. Die Beiträge werden direkt vom Lohn abgezogen. Die Gewerkschaften sind nicht mehr Organisationen zur Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder, sondern Zwangseinrichtungen der Sowjetregierung. Sie heißen demnach auf Russisch auch nicht mehr „Gewerkschaften", sondern „gewerkschaftliche Produktionsverbände". Daher auch die hohe Zahl der Mitglieder. Daß auch die Zahl der Beschäftigten zu hoch gegriffen ist, ist eine andere Sache; beim Verfall des wirtschaftlichen Lebens in Sowjet-Rußland ist es ohne Kommentar klar, daß die Zahl von 5 Millionen Beschäftigten nur fiktiv ist.

Die Lohnarbeit in Sowjet-Rußland ist nicht abgeschafft. Der Arbeiter braucht also seine Gewerkschaft, diese versagt aber völlig. Wie schlimm die Lage ist, mag das folgende Beispiel beweisen. Außer der nationalisierten gibt es in Sowjet-Rußland eine nicht nationalisierte Industrie. Während die erstere abstirbt, gewinnt die letztere an Bedeutung und Ausdehnung. Die amtlichen Zeitungen der Bolschewiki bringen immerfort Nachrichten darüber, wie die kapitalistische Produktion überhandzunehmen beginnt. So wurde vor einigen Tagen gemeldet, daß in der Wollindustrie die nicht nationalisierten Unternehmungen in der 2. Hälfte 1919 73 Proz. der gesamten Grobwolle verarbeitet haben, die nationalisierten also nur 27 Proz. Ein ähnliches Verhältnis ist auch in der Lederindustrie zu verzeichnen. Da all diese Unternehmungen der Kontrolle der Sowjetbehörden entgehen und in ihre Produktionssphäre nicht einbezogen werden, so ergibt sich die interessante Tatsache: die Gewerkschaften sind für diese Arbeiter nicht zuständig, und die Arbeiter haben absolut kein Interesse, in die sogenannten Gewerkschaften einzutreten! Während also die Arbeiter der verstaatlichten Fabriken Zwangsgewerkschaftler sind, bleiben große Massen von Lohnarbeitern von jeder Berührung mit den „gewerkschaftlichen Produktionsverbänden" befreit. Sie haben keinen Grund, sich ihnen anzuschließen, denn diese Verbände sind nicht dazu da, die Interessen der Lohnarbeiter zu vertreten, sondern vielmehr dazu, dem Staate, der die Lohnarbeit allerdings nicht abgeschafft hat, zu dienen.

Wer einen Hauch des Verständnisses für das Wesen der Gewerkschaftsbewegung hat, wird um sein Urteil über deren sowjetrussische Abart nicht verlegen sein.

Sozialdemokratie und Regierungsbildung.

Eine Anzahl Hamburger und auswärtiger bürgerlicher Blätter, darunter die „Vossische Zeitung", berichteten, daß in einer Distriktsversammlung der Sozialdemokratischen Partei in Hamburg der Wiedereintritt unserer Partei in die Regierung gefordert worden sein soll. Wie uns dazu unser Hamburger Berichterstatter drahtet, trifft die Meldung in keiner Weise zu. Es handelte sich um eine Distriktsversammlung, in der zum Parteitage Stellung genommen und eine Entschließung gefaßt wurde, die ein energisches Eingreifen der Sozialdemokratie in die innere und Ernährungspolitik der jetzigen Regierung fordert. Damit wird in keiner Weise gesagt, daß ein Wiedereintritt der Partei in die Regierung erfolgen soll.

Ein Verfassungsbruch der Reaktion.

Wolff meldet aus München:

Der Staatskommissar hat aus Gründen der öffentlichen Sicherheit die für heute angesetzte öffentliche Versammlung des Republikanischen Führerbundes verboten.

Wie uns ein eigener Drahtbericht aus München zu diesem empörenden Versammlungsverbot mitteilt, wurde der willkürlichen Maßnahme des Herrn Staatskommissars folgende begründende „Rechtsgrundlage" gegeben:

Mit Rücksicht darauf, daß der Republikanische Führerbund bisher, insbesondere in Norddeutschland, aber auch in Nordbayern eine lebhafte Tätigkeit entfaltet hat, die im wesentlichen darauf hinausgeht, das Militär wieder zu politisieren und dabei einen Keil zwischen Offiziere und Mannschaften zu treiben, hat der Staatskommissar die Abhaltung dieser Versammlung aus Gründen der öffentlichen Sicherheit verboten. **Der Staatskommissar befürchtet, daß durch die geschilderte Tätigkeit des Führerbundes die Reichswehr in ihrer Disziplin gefährdet und in ihrem Werte herabgemindert würde, und damit nicht mehr die entsprechende Waffe in der Hand ihrer Führer wäre.**

Wer die Heldentaten der Reichswehr des Herrn Geßler kennt, der wird wissen, daß sie bisher allerdings eine äußerst brauchbare Waffe in den Händen ihrer Führer war. Es ist ein Skandal sondergleichen, daß die einzige Institution, die imstande ist, eine der Verfassung und der Republik treu ergebene Truppe zu erziehen, mit allen, auch mit den verfassungswidrigsten Mitteln bekämpft wird. Denn um einen eklatanten Verfassungsbruch handelt es sich im vorliegenden Falle; wie uns nämlich der R. F. B. mitteilt, hatte er einen Kameraden beauftragt, nach München zu fahren und dort in einer öffentlichen Versammlung über Wesen und Ziele des R. F. B. einen Vortrag zu halten, um in der Bevölkerung über den viel verleumdeten Führerbund Aufklärung zu schaffen. Nun sind nach der Reichsverfassung bekanntlich öffentliche Versammlungen erlaubt, und da in Bayern nicht der Belagerungszustand herrscht, bedeutet das Versammlungsverbot einen glatten Verfassungsbruch. Aber das ist Herrn Geßler und seinen nur zu willfährigen Organen gleichgültig, wenn es nur gelingt, den verhaßten Schützern der Republik eins auszuwischen. Wie uns mitgeteilt wird, sind gegen den unerhörten Vorfall sofort die nötigen Schritte eingeleitet worden. Freilich wird das nichts daran ändern, daß binnen 24 Stunden das prompte Dementi seitens des Herrn Staatskommissars bzw. seitens des Herrn Reichswehrministers erfolgt.

Ein würdiges Ministerzimmer.

Schwere Anschuldigungen gegen Minister Hermes.

Gegen den Reichsernährungsminister Hermes werden zurzeit in einem Teil der Presse schwere Vorwürfe erhoben, die auf einen Brief zurückzuführen sind, den der Spezialreferent für Stickstoff-Düngewesen im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Lavalle bei seinem freiwilligen Ausscheiden aus dem Amt an seinen früheren Chef gerichtet hat und auf den bisher irgendwelche Maßnahmen des Ministers nicht erfolgt sind. In diesem Briefe heißt es:

Als Sie Herr Minister noch selbst Karriere zu machen suchten, haben Sie den Düngerstickstoffausschuß stets als ein Paradepferd vorzuführen gewußt, wo es angebracht schien. Das Ansehen dieses Ausschusses war auch in der Außenwelt tadellos, bis zu dem Zeitpunkt, wo unglaubliche Gerüchte in der Oeffentlichkeit auftauchten, denen leider Tatsache zugrunde lagen, für die nach der Aussage des auch jetzt noch Ihr Vertrauen genießenden Stickstoff-Kassenführers, Herrn Ministerialsekretärs Funke, Sie, Herr Minister, selbst die Veranlassung waren.

Auf Ihre Veranlassung wurde, wie ich behaupte gesetzwidrig, die Preisausgleichstelle für Stickstoffdüngemittel veranlaßt, aus der zugehörigen Preisausgleichskasse „vorschußweise" und „aushilfsweise" insgesamt beinahe eine halbe Million Mark vorzustrecken, damit unter anderem Sie ein würdiges Ministerzimmer (ca. 87 000 M. Wert) und ein würdiges Ministerauto (280 000 M. Preis) sich zulegen konnten. Eine ganze Anzahl weiterer Posten, die von unparteiischer Seite beanstandet wurden, wurden ebenso „verauslagt" aus Geldern der Landwirtschaft, die die Preisausgleichstelle zu treuen Händen zu verwalten die Pflicht hatte. **Die ganze Kassen- und Geschäftsführung dieser Stelle zeigt derartige scheinbar nicht unabsichtliche Unklarheiten, daß schwere Bedenken gegen ein derartiges Gebaren durchaus berechtigt sind.** An diesen Tatsachen ändern weder Kassenberichte äußerst wohlwollender Beurteiler aus Industrie und Handel etwas, noch die eigenen Feststellungen nicht entsprechender Schlußfolgerungen eines von mir zugezogenen Bücherrevisors, der schließlich nur die rechnerische Seite, nämlich die Kassenführung, nicht aber die materielle Seite der Geschäftsführung zu prüfen plötzlich sich beauftragt fühlte. Trotz allem suchte man in Ihrem Amt auf einen von allen beteiligten Stellen der Landwirtschaft und Industrie als recht ungewöhnlich angesehenen Weg alle anderen Preisausgleichskassen in den Händen desselben Herrn Funke, der nach wie vor Ihr ganzes Wohlwollen genießt, zu vereinigen.

Meine etwas strenge, aber normale Auffassung von den sachlichen Pflichten eines Referenten vereitelte diesen Plan. Wiederholt mußte ich pflichtgemäß Bedenken hegen gegen Vorkommnisse, die meines Erachtens in einer Zentralbehörde ausgeschlossen sein sollten. Alles dies mochte mich unbequem. Es begann ein Drangsalieren, das auch schließlich auf das ganze Düngerreferat sich erstreckte, und nur die Liebe zur Sache ließ uns Referenten trotz der üblen Behandlung, die man uns angedeihen ließ, weiter unsere Pflicht tun. Durch Ihre letzten Verfügungen, die der Düngerwirtschaft die seit Jahren hierin betätigte Kraft des Regierungsrats Dr. Bittong entzieht, die mich von dem von mir ausgebauten Stickstoffreferat entfernt, ohne mir die erwähnte Aussprache zu gewähren, sehe ich die Unmöglichkeit einer weiteren ersprießlichen Betätigung meinerseits in einem Ministerium, dessen Chef in wohlwollenden Versprechungen besonders leistungsfähig ist, dem aber das Halten eines gegebenen Wortes nicht zu Selbstverständlichkeiten gehört.

Die hieraus sich für mich ergebenden Folgerungen ziehe ich hiermit und scheide demgemäß aus freiem Antriebe sofort aus meinen Stellungen als Referent und Geschäftsführer des Düngestickstoff-Ausschusses aus, die mit Lust und Liebe zur Sache auszufüllen mir nach diesem Vorgehen nicht mehr möglich ist.

In der Freitagsitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses sind diese Vorwürfe gegen den Minister von einem unabhängigen Abgeordneten zur Sprache gebracht worden. Der Minister erklärte darauf, daß diese Angriffe gegen ihn von einem Beamten ausgingen, der die erhoffte Beförderung nicht erfahren habe, und nun nachträglich sich dafür durch diese „Enthüllungen" zu rächen suche. Der Minister gab die behaupteten Tatsachen im wesentlichen als richtig zu, erklärte jedoch die vorgenommenen Anschaffungen für durchaus notwendig und seine Handlungsweise für einwandfrei. Da die Angelegenheit nicht zur Zuständigkeit des Volkswirtschaftlichen Ausschusses gehört, wurde von einer Erörterung abgesehen, da sie Sache des Hauptausschusses bzw. des Plenums des Reichstags sei.

Arbeitslosennot in Solingen. Die Stadtverordneten bewilligten gestern zur Linderung der Arbeitslosennot Naturalunterstützung und 8 Millionen Mark für die Notstandsarbeiten. Die Beschäftigung sämtlicher Arbeitslosen bei 14tägiger Wechselschicht und fünf Stunden Arbeitszeit wurde garantiert. Als weitergehende Forderung wurden 100 Proz. Erhöhung der Unterstützungen verlangt. Es drangen etwa 300 Arbeitslose, darunter Frauen mit Kindern auf den Armen, in den Sitzungssaal ein und erzwangen die sofortige Bewilligung der doppelten Unterstützungssätze, die unter dem Druck auch erfolgte, obgleich der Bürgermeister die Unmöglichkeit der Ausübung betonte.

Das sprechende Wartezimmer.

Von Erna Büsing.

Ich sitze im Wartezimmer eines Nervenarztes. Die Insassen des Zimmers sind geduckt und etliche scheu. Ich beobachte nervöses Fingerspiel und unruhige Augen, in denen etwas eigentümlich Flackerndes liegt. Nun ja, wir schwimmen noch alle im Kometenschweif der großen Zeit.

Nerven, was wußte denn ich früher von Nerven! Hätte man mir gesagt, das ist etwas, um Lastkähne daran anzubinden, dann hätte ich es für bare Münze genommen.

Aber wie edle, tapfere Pferde, die man unbarmherzig, ohne Rücksicht für sie zu haben, in die Strapazen des Krieges warf, nur auf ihrem Blute gingen, so gingen wir auf unsern Nerven. Auf einmal jedoch merkt man, daß man sie hat, und das ist jedesmal etwas Unangenehmes.

Gelangweilt blättert man hier im Wartezimmer in uralten Bänden der „Woche". Man liest Dreifuß' Verurteilung und den Burenkrieg. Da man den Ausgang weiß, erfordert die Lektüre kaum Denkarbeit. Seite auf Seite schlägt man um und regt sich wirklich nicht auf, denn man sieht weder Noske noch Kapp oder Lüttwitz. Den verstoßenen Wilhelm erblickt man freilich in jeder Nummer, was bei der steten Wiederholung aber natürlich auch nur eintönig und einschläfernd wirkt.

Hingegen fesselt die Einrichtung meine Aufmerksamkeit. Es sind Sachen aus Damaskus mit Einlegearbeit und arabischen Schriftzeichen. Selbstverständlich hängen auch türkische Waffen an der Wand. Da sehe ich ein Schwert. Das Symbol der Annektionspolitik, durch die in grauer Vorzeit die Türkei sich selbst das Todesurteil schrieb. Das Schwert, die Gewalt, brachte dem Osmanenreiche die schwer zu verteidigenden Küsten, die Fremdvölker und den Dünkel einer dem Wohlleben verfallenden Herrenmenschenkaste. Diese Dreieinigkeit aber ist der Untergang selbst.

Mein Blick schweift ab und sieht auf die arabischen Schriftzeichen der Möbel. Und ich denke daran, daß so manches hochfliegende Orientproblem eines gewöhnlichen Sterblichen schon einfach daran scheiterte, weil die türkische Sprache sich des arabischen Alphabets bedient. So sitze ich nun hier beim Nervenarzt und seufze „Ach, wie sind sie schwer, diese Zeichen, mit ihren vielen Garderoben, sie sind doch viermal verschieden zu schreiben, alleinstehend, am Anfang, in der Mitte und am Ende. Vokale kennt man auch, doch man schreibt sie nicht." Schaudernd denke ich an kjäf (k) und lam (l), zusammengesetzt können sie bedeuten: gel kamme, gäl Rose, gil Lehm, kel kräftig, kül, Asche, küll jeder, alles.

Ich spüre meine Nerven und werde krittelig. Beruhige mich aber mit der Weisheit: „Du kannst ja nur ein türkisches Wort lesen, was du kennst." Da wird dieses Wartezimmer für mich sprechend. Ja, was du kennst. Man muß kennen, wenn man herrschen will; man muß kennen, wenn man verstehen will; man muß kennen, wenn man helfen will; man muß kennen, wenn man Freund sein will. Wir müssen zu den Fremden gehen nicht in der Aufgeblasenheit eines eingebildeten Kulturträgers und nicht in hündischer Schweifwedelei, sondern in dem festen Willen des Kennen- und Verstehenlernens. . . . Denn das Kennenlernen erfordert weit weniger Nervenkraft als die Gewaltproben.

Reinhard Goering, der Dichter der „Seeschlacht", debütiert im Sturm (Potsdamer Str. 134a) mit 65 Gemälden, Aquarellen und Zeichnungen als bildender Künstler. Er hat hier einen schweren Stand, denn er erscheint in unmittelbarer Nähe von Paul Klee, dessen Formsprache er sich äußerlich teilweise zu eigen gemacht hat, mit dessen Meisterschaft er aber nicht konkurrieren kann. Stimmungen und Gefühle, aufs stärkste konzentriert, in primitive Linien und Farben zu fassen, ist Beider Ziel. Goering bevorzugt wie Klee ganz kleine Formate. Aber wenn Klee überall geistig über den Rahmen hinauswächst und auf einem Quadratzentimeter eine Welt gestaltet, so beherrscht Goering die winzigen Flächen nicht immer, die rhythmischen Organismen enthalten tote Stellen, und die Ausdruckskraft bleibt oft im Dekorativen stecken. Daß ein Anfänger sich mit den Garderobestücken eines Meisters drapiert, ist weder ungewöhnlich noch bedenklich. Wenn in dem Anfänger ein eigener Kern sitzt, wird dieser im Laufe des Wachsens und Reifens die fremde Schale sprengen und die erborgten Dekorationsstücke abwerfen.

Um so grandioser wirken die Aquarelle und Zeichnungen von Paul Klee. Dieser wahrhaft Große ist echt und urwüchsig in jeder Linie und jedem Farbfleck. Er hat sich seine Ausdrucksmittel vollkommen selbständig geschaffen, und er ist imstande, mit ihrer Hilfe alle Ausstrahlungen eines unvergleichlich reichen, tiefen und seltsam komplizierten Innenlebens zu gestalten. Friedvolle Daseinslust und grotesker Teufelsspuk, träumerisches Dämmern und wild aufgepeitschte Ekstase, naiver Humor und perverse Greuel — Irdisches, Himmlisches und Höllisches wird auf diesen unscheinbaren Blättern lebendig. Da Klee künstlerisch seine eigene Sprache spricht, so verlangt er vom Beschauer eine besondere Einstellung, und erst dem, der sich ernst und hingebend in ihn versenkt, enthüllt er seine inneren Schätze. J. S.

Ein neues elektrisches Phänomen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" berichtet über eine neue elektrische Erfindung, die auf dem kürzlich in Kopenhagen anläßlich des 100jährigen Oerstedjubiläums abgehaltenen nordischen Elektrotechnikerkongreß vorgeführt wurde. Die dänischen Ingenieure K. Rahbek und Alfred Johnsen glauben damit auch für die Praxis der Telephonie und Telegraphie erhebliche Verbesserungen bewirken zu können.

In der Oerstedversammlung wurde zuerst ein gewöhnlicher lithographischer Stein, der auf der Rückseite mit Blattgold vergoldet war, mit einer Metallplatte in enge Berührung gebracht und dann mit einem allgemeinen Steckdosenkontakt Strom durch beide Körper geleitet. Die Metallplatte saugte sich mit solcher Kraft am Lithographenstein fest, daß dieser in die Höhe gehoben werden konnte. Diese Wirkung wurde mit einem ganz geringen Strom erzielt. Erst nach Unterbrechung des Stromes löste sich der Stein wieder. Nun folgten mit Hilfe der auf Grundlage der neuen Erfindung konstruierten Empfängerapparate für Fernschrift- und Fernsprechübertragung Vorführungen. Eine Geige wurde am Apparat befestigt, während am Absenderapparat eine Musiknummer eingespielt wurde. Der Empfängerapparat gab die Musik so klar wieder, als wenn unmittelbar auf der Geige gespielt würde. Dann ging einer der Erfinder hinaus, um in den Absendertrichter zu sprechen, und zum Erstaunen der Versammlung gab die Geige mit volltönender Stimme das Gesprochene wieder.

Die größte Bedeutung dürfte die Erfindung auf dem Gebiete der drahtlosen Telephonie und Telegraphie erlangen. Bisher mußte man sich wesentlich darauf beschränken, die drahtlosen Wogen zu hören. In Deutschland und Frankreich werden zwar Apparate hergestellt, mit denen sich drahtlose Telegramme niederschreiben lassen, aber selbst die feinsten deutschen Konstruktionen erreichen nur eine Leistung von 10 Worten in der Minute, wogegen mit der neuen Erfindung etwa 600 Worte in der Minute erzielt werden. Als man den Apparat mit der Empfängerstation der Kopenhagener Polytechnischen Hochschule in Verbindung brachte, ertönte aus dem Trichter ein vielfeitiges Lautgewirre. Dies waren die deutschen, englischen und nordischen Funkenstationen, die miteinander sprachen, was nun hier lautlönend wiedergegeben wurde. Nachdem eine gewöhnliche telegraphische Schreibmaschine mit dem Apparat in Verbindung gebracht war, wurde das Schriftbild mit einem Lichtprojektor an die Saaldecke geworfen, wo nun die dahingleitenden Schriftzeichen abgelesen werden konnten. Die Herstellung der auf dieser Grundlage konstruierten Apparate erfolgt in einer deutschen Spezialfabrik.

Theater. Das zweite Gastspiel Tino Pattiera's im Deutschen Opernhause wird am Sonntag den Tenor in der Rolle des Cavaradossi in „Tosca" zeigen. Tosca: Maralda Saldatini. — Das Schiller-Theater wird als nächste Neuheit das dreiaktige Lustspiel „Bettinas Verlobung" von Leo Lenz in der kommenden Woche spielen.

Für Ernst v. Wolzogen. Hertha Stolzenberg wird in dem Vortragsabend, der zum Besten einer Ernst-von-Wolzogen-Spende am 20. September, abends 7½ Uhr, in der Singakademie veranstaltet wird, Lieder von Schumann und Mahler zu Gehör bringen. Claudio Arrau spielt Kompositionen von Chopin und Liszt. Gotthard Schierse singt Arien von Gounod und Verdi. Alete Möller rezitiert Rilke und Wolzogen.

Die dichtest bevölkerte Stadt der Welt. Die Stadt, deren Bewohner am dichtesten zusammengedrängt hausen, ist nicht, wie man glauben könnte, New York oder London, die ja an Zahl der Einwohner alle anderen Städte der Welt übertreffen. Auch Peking oder Kanton können nicht auf diesen zweifelhaften Ruhm Anspruch machen. Die dichtest bevölkerte von allen Städten der Welt ist vielmehr Bombay; im Verhältnis zu der Volksmenge, die sie bewohnt, nimmt diese Stadt nur recht wenig Raum ein, da man hier nicht weniger als 190 000 Menschen auf jedem Quadratkilometer zählt.

Vor einem neuen Polenputsch?

Ein polnischer Geheimbefehl.

Aus Breslau wird den V. V. N. gemeldet: Die „Schlesische Volkszeitung" veröffentlicht heute früh folgenden polnischen Geheimbefehl:

„Landesverteidigung Oberschlesien, Standort 6. 9. 20.

Vertraulich!

Wie den Herren Kommandanten bekannt ist, bereiten wir uns zu einer neuen Aktion vor, die durch die Versammlung der Bezirkskommandanten beschlossen wurde. In dieser Angelegenheit ordne ich folgendes an: 1. Die Bezirke sind aufs neue zu organisieren und in Kompagnien einzuteilen. Jeder Kompagnie ist ein Vertrauensmann als Führer der Kompagnie zuzuteilen. Diese unterhalten jegliche Verbindung mit den Bezirkskommandanten mit Hilfe von Vertrauenskurieren. 2. Derartige Kompagnien umfassen 150 Mann; dieselben sind in drei Rotten zu teilen. 3. Bei jeder Kompagnie sind Stoßtrupps zu bilden, die sich aus fünfzehn bis zwanzig Leuten zusammensetzen. Für diese Stoßtrupps sind nur Vertrauensleute auszuwählen. Der Zweck der Stoßtrupps ist den Herren Kommandanten bekannt. 4. Im Falle des Beginns der Aktion durch die Deutschen hat jeder Kommandant anzuordnen, von der Ortschaft, wo die Bewegung beginnt, Besitz zu ergreifen und sofort einen Ortskommandanten zu bestimmen. Weitere Informationen erhalten die Kommandanten nach der Verfügung des Oberkommandanten.

Oberkommando, i. V. Zgierski."

Keine Abwürgung der Betriebsräte!

Vom Bezirksbetriebsrat der Eisenbahn-Betriebsdirektion Leipzig I und der Betriebsdirektion Leipzig II werden wir um Wiedergabe folgender Resolution gebeten:

Die am Sonnabend, den 11. September 1920, in Leipzig versammelten Bezirksbetriebsräte erheben schärfsten Protest gegen jede Beschneidung gegen Aenderung und Einschränkung der bestehenden Betriebsräte. Sie werden die schärfsten Mittel in Anwendung bringen, um die bestehende Gefahr abzuwenden. Anstatt weiterer Rechte will uns eine rückständige Regierung unter den Vorwänden, die Betriebsräte in ihrer jetzigen Form seien unwirtschaftlich, eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution, das Betriebsrätegesetz unwirksam machen und uns es rauben. Die Versammelten verschließen sich nicht der Einsicht, daß in den Betrieben der Reichseisenbahn gespart werden kann und muß, sehen aber die Objekte der Sparsamkeit nicht in den Betriebsräten, sondern einzig und allein in den höheren Verwaltungsorganen. Die Betriebsräte und die Arbeiterschaft wissen, daß die Betriebsräte nicht aus Sparsamkeitsgründen abgewürgt werden sollen, sondern nur deshalb, weil sie als Eindringlinge betrachtet werden und den Herrenstandpunkt verletzen.

Die Resolution ist besonders im Hinblick auf die vom Reichsverkehrsministerium zum 21. September nach Berlin einberufene Sitzung von Interesse. Die Eisenbahnbezirksräte von Sachsen befürchten, daß man den Plan hegt, sie dort abzuwürgen und irgendwelche vorgeschobenen Motive hierzu benutzen will.

Der Streit in der U.S.P.

Ueber die Stellung der Berliner Unabhängigen zu den Moskauer Aufnahmebedingungen liegen noch immer keine endgültigen Beschlüsse vor. Soweit einzelne Bezirke Stellung nahmen, scheint es, als wenn die Berliner Anhänger über ihre bisherigen Führer hinweggehen und sich mit Leichtigkeit in die Arme der Moskauer Kommunisten stürzen. Wie wir der „Freiheit" entnehmen, fand am Sonnabend eine Vollversammlung der Agitations- und politischen Kommissionen statt, in der Luise Zietz gegen und Eichhorn für die Annahme der Bedingungen sprach. Das Ergebnis war, daß die Versammlung gegen 10 Stimmen den Anschluß an die Dritte Internationale unter den vorliegenden Bedingungen für erforderlich erklärte. Das gleiche Schicksal erlebte Luise Zietz in einer überfüllten Mitgliederversammlung des 9. Distrikts, wo sie gemeinsam mit Däumig referierte. Gegen 25 Stimmen wurde auch dort die Annahme der Bedingungen gutgeheißen!

Der Kreisausschuß des 5. württembergischen Kreises erklärte sich gleichfalls für den unverzüglichen direkten Anschluß an Moskau, ebenso die Generalversammlung für Hannover-Stadt und die Kreisverwaltung für Bielefeld-Wiedenbrück. Die letztere erklärt außerdem ausdrücklich, daß, wer sich nicht zu den Leitsätzen der Dritten Internationale bekenne, ausgeschlossen werden muß. Außerdem verurteilen die Bielefelder aufs schärfste die antibolschewistische Propaganda Dittmanns, weil diese Propaganda konterrevolutionär sei. Eine Vorständekonferenz für den Kreis Mansfeld nahm mit allen gegen 2 Stimmen eine Resolution für die Erfüllung der Bedingungen an, ebenso eine Mitgliederversammlung in Bernburg. Dagegen sprach sich der Bezirksparteitag für Oldenburg-Ostfriesland gegen die Bedingungen aus. —

Ein neuer Trick der Zuckerschieber.

In unserer gestrigen Abendausgabe hatten wir unseren Lesern einen Fall von Zuckerschiebung mitgeteilt, der imstande ist, die große Zuckerknappheit, unter der die Bevölkerung zu leiden hat, aufzuklären. Heute sind wir in der Lage, einen neuen Fall von Zuckerschiebung mitzuteilen, der besonders interessant ist, da er einen Einblick in raffinierte Schiebermethoden gewährt. Der Tatbestand ist folgender:

Während die Allgemeinheit nach wie vor unter großem Zuckermangel zu leiden hat, Säuglinge und Kranke noch nicht das Allernotwendigste erhalten, scheint noch immer genügend Schleichhandelsware zu Wucherpreisen von 16 bis 18 M. pro Pfund vorhanden zu sein. Man geht wohl auch in der Annahme nicht fehl, daß diese Zuckerschiebungen nur durch die gänzlich unzulängliche Ueberwachung seitens der dazu berufenen Behörden möglich sind.

Ein besonders interessanter Fall ereignete sich vor einigen Tagen, wobei ein früherer Polizeibeamter, der vertretungsweise die Wucherabteilung einer unserer Groß-Berliner Nachbarstädte leitete, versuchte, die Schiebung zu decken. Nur durch die vorsichtige Wachsamkeit eines Revisors des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin gelang es die Schieber zu fassen. Ein Herr Th. bot 80—100 Zentner Zucker zum Preise von 16,50 M. pro Pfund dem ihm persönlich unbekannten Revisor telephonisch an und erklärte bei einer Zusammenkunft, daß eine Beschlagnahme unmöglich sei, da ein Polizeikommissar die Ware begleiten würde und falls Gefahr im Verzuge sei, mit der Behauptung hervortreten würde, daß er, der Kommissar, die Ware bereits beschlagnahmt habe.

Diese besonders interessante Art des Schleichhandels veranlaßte den Revisor, zum Schein auf das Geschäft einzugehen. Es wurde ein Lieferungsort vereinbart. Nachdem nun der Beamte mit 2 Beamten der Wucherabteilung des Berliner Polizeipräsidiums an zwei Tagen vergeblich auf die Anlieferung wartete, erschien tatsächlich am dritten Tage der Wagen mit Zuckersäcken in Begleitung eines Herrn. Da nun die Beamten zur richtigen Zeit überraschend schnell zugriffen, hatte der Herr Kommissar keine Gelegenheit mehr oder keinen Mut dazu, das zu tun, wozu er sich hergegeben hatte.

Der Zucker wurde beschlagnahmt und der Herr Kommissar trotz allen Bittens festgenommen; wobei sich herausstellte, daß es sich tatsächlich um den von Th. angegebenen Beamten handelte.

Dieser Zucker stammt aus einer Marmeladenfabrik in Köpenick, welche für den Zucker ca. 5 M. pro Pfund bezahlt und diesen von der Reichs-Obst- und Marmeladen-G. m. b. H. zugewiesen erhalten hat. Da die Marmeladenfabriken ihren Erzeugnissen beliebigen Zuckerzusatz geben können, haben sie Ueberschußzucker, den sie verpflichtet sind zurückzugeben, was scheinbar die wenigsten tun; denn seit einiger Zeit stellen einige dieser Fabriken eine sogenannte Apfelmarmelade her, die bis zu 95 Proz. Zucker enthält und zu einem Preise von 9—10 M. das Pfund verkauft wird, während sie für den Zucker 4,75 bis 5 M. bezahlen. Sie umgehen aber dadurch das Vergehen einer Zuckerschiebung und haben trotzdem fast 100 Proz. Gewinn. Was sagt die Reichszuckerstelle dazu?

Wie man sieht, handelt es sich bei diesen Schiebungen nicht um kleine Quantitäten, die für die große Masse nicht ins Gewicht fallen würden, sondern es handelt sich um Schiebungen im großen Stil, durch die der notleidenden Bevölkerung das lebensnotwendige Nahrungsmittel entzogen wird. Wenn man sieht, auf welche Weise hier gearbeitet wird, so braucht man sich nicht mehr zu wundern, daß der Zucker im Schleichhandel für 18—20 M. angeboten wird. Hier muß schleunigst und nachdrücklich eingegriffen werden.

Kein Streikbeschluß in Hamburg. Hamburg, 15. September. (Telunion.) In der gestern vom Deutschen Transportarbeiterverband und dem Zentralverband der Maschinisten, Sektion Hafenarbeiter, einberufenen gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung zwecks Beschlußfassung über den vom Reichsarbeitsministerium gefällten neuen Schiedsspruch wurde dieser nach äußerst stürmischer Debatte gegen etwa 20 Stimmen abgelehnt. In der darauf vorgenommenen Abstimmung wurden bei einer Gesamtzahl von 4220 Stimmen 2213 für und 2017 Stimmen gegen den Streik abgegeben, während 60 Stimmen ungültig waren. Da eine Dreiviertelmehrheit für den Streikbeschluß notwendig ist, so gilt der Streik als abgelehnt.

Der Chef des Sicherheitswesens für Mecklenburg-Strelitz, Gendarmeriemajor Müller-Brandenburg, ist im Einvernehmen mit der Reichsregierung zum Kommandeur der Staatspolizei in Groß-Thüringen ernannt worden.

Groß-Berlin

Schätze märkischer Wälder.

Die Pilzausstellung im Märkischen Museum.

Die diesjährige, wieder im Vortragssaal des Märkischen Museums veranstaltete Pilzausstellung wurde am heutigen Vormittag eröffnet und fand sofort sehr regen Besuch. Sie ist eine rechte Augenweide für Pilzfreunde und solche, die es werden wollen.

Die wenigsten Berliner haben eine Ahnung davon, wie viele Arten Pilze in der näheren und ferneren Umgebung Berlins doch noch zu finden sind. Obwohl die Ausstellung, wie in den Vorjahren, sich auf die wichtigsten der in der Mark Brandenburg heimischen Pilzarten beschränkt, haben sich über 80 Arten zusammenbringen lassen. Auf die selteneren Arten ist verzichtet worden, weil ein Zuviel nur verwirren würde. Groß ist die Zahl der eßbaren Pilze, sehr viel größer, als der Unkundige meint. Die Ausstellung soll den Besucher nicht nur über die schädlichen Pilze belehren, sondern auch seine Aufmerksamkeit auf die vielen eßbaren Pilze lenken, die er bisher unbeachtet ließ. Der Anschauungsunterricht, den die wieder von dem Leiter der Pilzberatungsstelle, Lehrer Roman Schulz, organisierte Ausstellung gibt, wird wirksam unterstützt durch das bewährte Prinzip, die Pilze in ihrer „natürlichen Umgebung" zu zeigen. Auf moosigem Boden zwischen Farn- und Heidekraut unter aufgebauten kleinen Fichten bietet sich dem Auge das reizvolle Bild eines farbenprächtigen Gewimmels von Pilzen. Von jeder Art sind möglichst viele Pilze nebeneinander gestellt worden, um die bei derselben Art vorkommenden Abweichungen in Form und Farbe deutlich zu machen. Bei jeder Pilzart ist auf Zetteln angegeben, ob sie eßbar, ungenießbar, schädlich, giftig ist.

Auch mancher, der sich schon für einen Pilzkenner hält, wird hier noch Belehrung genug finden. Die Ausstellung kann bis 22. September täglich von 10—3 Uhr unentgeltlich besichtigt werden.

Der Tod der Hauptzeugin im Prinz-Prozeß.

Die Todesursache noch nicht aufgeklärt.

Der heute früh mitgeteilte Selbstmord der Hauptzeugin im Prinz-Prozeß Hildegard Plaumann wird jetzt als noch nicht völlig aufgeklärt bezeichnet, da die Leiche mit einer Schnur um den Hals aufgefunden wurde. Zu der psychologisch sehr interessanten Angelegenheit erfahren wir folgende Einzelheiten:

Die 20jährige Hildegard Plaumann, die als Eiskunstläuferin im Admiralspalast angestellt war, hatte Prinz kennengelernt, als dieser noch Leiter des Berliner Sicherheitsdienstes war. Prinz verlobte sich mit dem jungen Mädchen, obwohl die Eltern gegen die Verbindung waren. Als Prinz später nach Köln ging, nahm er die Plaumann mit. Das junge Mädchen kehrte erst in das Elternhaus zurück, als Prinz unter dem Verdacht der Urkundenfälschung verhaftet wurde. Fräulein Plaumann war seit länger als einem Jahr Kokainistin. Die Gesundheit der jungen Dame war dadurch vollkommen zerrüttet. Sie litt schon seit mehreren Monaten unter einer schweren Hysterie. Seit einigen Wochen hatte die Plaumann in Erfahrung gebracht, daß Prinz auch mit anderen Mädchen verkehrte. Besonders nach der Haftentlassung des Kunstmalers kam es zu sehr heftigen Auftritten zwischen den beiden und Frl. P. äußerte wiederholt zu ihrer Mutter, daß sie die Untreue des Prinz nicht länger mit ansehen könne. In der vorigen Woche erhielt Frl. P. eine Vorladung der Staatsanwaltschaft zu ihrer Vernehmung am Montag vormittag. Nachdem sie am Sonntag abend hochgradig erregt nach Hause gekommen war, gab sie am Montag vormittag, wie mitgeteilt, die Erklärung ab, daß sie auf Wunsch des Prinz den sogenannten Mordbefehl geschrieben habe. Bei dieser Aussage vor der Staatsanwaltschaft dachte Frl. P. offenbar noch nicht an den Selbstmord, denn sie ließ sich von dem Staatsanwalt eine Bescheinigung für den Admiralspalast ausstellen, daß sie infolge ihrer Vernehmung der am Vormittag stattfindenden Balletttprobe nicht beiwohnen könne. Frl. P. begab sich dann in ihre Wohnung, verweigerte aber auf die Fragen der Mutter und einer anwesenden Freundin jede Auskunft. Sie schloß sich vielmehr sofort in ihr Zimmer ein und nahm eine so starke Dosis Kokain, daß der Tod bald darauf eintrat.

Die Tote wurde mit einer Schnur um den Hals aufgefunden, so daß mit der Möglichkeit eines Mordes gerechnet wird. Die wirkliche Todesursache wird erst die Sezierung der Leiche ergeben, die morgen erfolgen soll.

Zwei ausländische Kreditschwindler,

die seit Monaten in Groß-Berlin ihre „Geschäfte" betrieben, wurden von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Sie machten große Abschlüsse in Automobilen und Schweinefleisch, ohne über die geringsten Mittel zu verfügen. Die Grundlage der Unternehmungen bildete ein Scheckbuch einer hiesigen amerikanischen Bank. Bei dieser zahlte ein Däne namens Emil Dahlberg 1500 Mark ein, um ein Scheckbuch zu bekommen. 1450 M. hob er dann gleich wieder ab, das Guthaben betrug also nur noch 50 M. Mit Hilfe des Scheckbuches aber kaufte ein Mann, der sich Owe Müller-Jakson nennt, durch Vermittlung des Dahlberg nach und nach für zwei Millionen Kraftwagen. Jakson trat dabei als Vertreter „amerikanisch-englischer Automobilwerke" in London auf. Als die Autoverkäufer feststellten, daß die Schecks, die Jakson ausstellte, wertlos waren, weil keine Deckung vorhanden war, gab Herr Jakson ohne weiteres zu, daß die Deckung vorübergehend wohl fehlen könne. Er meinte jedoch, das habe durchaus nichts zu bedeuten, und erklärte, daß er sofort nach London fahren werde, um das nötige Geld zu besorgen. Die Fabrikanten und Händler waren vorsichtig genug, einstweilen nicht zu liefern, und erstatteten endlich Anzeige wegen versuchten Betruges. Während Jakson „nach London fuhr", bot Dahlberg den Einkäufern von Groß-Berliner Gemeinden dänisches Schweinefleisch zum Preise von 10,50 M. das Pfund in großen Mengen an und erhielt auch entsprechende Aufträge. Unterdessen fand die Kriminalpolizei Veranlassung, sich mit den beiden Herren zu beschäftigen, und ihre Ermittlungen ergaben, daß die Kauf- und Verkaufsgeschäfte lediglich den Zweck hatten, den beiden Ausländern Schriftstücke zu verschaffen, auf Grund deren sie bei anderen Geschäftsleuten als große Leute erschienen und für ihren Lebensunterhalt Kredit fanden. In einzelnen Fällen erhielten sie Beträge bis zu 18 000 M. So konnten sie in den ersten Hotels wohnen und gut leben. Als das System zusammenbrach, stellte die Kriminalpolizei fest, daß Dahlberg und Jakson ganz mittellos waren. Die schöne Hotelwohnung gab ihnen nur einen äußerlichen Glanz. Dahlberg besaß auch wenigstens noch einen Koffer, aber sein Inhalt bestand nur aus einigen Paar alten Strümpfen und einigen Kragen. Was er sonst noch hatte, trug er auf dem Leibe.

Die Wilmersdorfer Verwaltungsakademie.

Der Magistrat Wilmersdorf will noch vor dem Inkrafttreten Groß-Berlins die Errichtung der bereits im Oktober 1919 grundsätzlich beschlossenen städtischen Akademie für Verwaltungswissenschaft, Kommunal- und Sozialpolitik ermöglichen und beantragt bei den Stadtverordneten, hierfür 80 000 M. zur Verfügung zu stellen. Gegenüber dem Einspruch der Bezirksgruppe Groß-Berlin des Verbandes der Kommunalbeamten Preußens, daß für die Wilmersdorfer Akademie kein sachliches Bedürfnis vorliege, da in Berlin bereits eine Verwaltungsakademie der Beamten selbst bestehe, betont der Wilmersdorfer Magistrat den Unterschied zwischen den beiden Akademien. Die Wilmersdorfer Anstalt soll im Gegensatz zu der Berliner, die sich an vorgebildete Beamte wendet, solche Personen erfassen, die nur im praktischen Leben sich betätigt haben und sich jetzt die nötige theoretische Bildung aneignen wollen. Wilmersdorf sei auch im Hinblick auf das kommende Groß-Berlin berufen, diese städtische Akademie jetzt zu errichten und damit ein kulturelles Eigenwerk zu leisten. Die Einheitsgemeinde werde diese Tat sicherlich mit Dank begrüßen.

Der Arbeitsmarkt in der Provinz Brandenburg im Juli spiegelte, wie wir einem Bericht des Brandenburgischen Landesarbeitsamtes entnehmen, die seit dem Mai einsetzende und im Juli besonders scharf in Erscheinung getretene allgemeine Wirtschaftskrise deutlich wieder. Die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen gemeldeten Arbeitsuchenden stieg auf 17876, die Zahl der offenen Stellen stieg gleichfalls nicht unerheblich. Untergebracht werden konnten 12412 Arbeitsuchende.

Weißensee. Die Arbeitsgemeinschaft des Arbeiterelternbundes und der Freien Schulgesellschaft ruft alle Eltern, die Elternbeiräte sämtlicher Schulen und die gesamte Lehrerschaft zu einer allgemeinen Versammlung auf, die Protest einlegen soll gegen die seitens der Regierung geplante Heraufsetzung der Klassenfrequenz in unseren Volksschulen. Die Versammlung findet heute abend 7½ Uhr in der Aula des Realgymnasiums statt. Es ist unbedingte Pflicht aller Eltern und Erzieher, die für die Reform unserer Volksschule kämpfen, heute abend zu erscheinen, um Sturm zu laufen gegen die Maßnahmen der Regierung.

Naturaliengewährung an Erwerbslose in Lichtenberg. Der Lichtenberger Magistrat hat beschlossen, den Erwerbslosen dieselben Vergünstigungen durch Verabfolgung von Naturalien zu gewähren, die in Berlin gewährt werden. Die entstehenden Kosten sollen aus den Ueberschüssen gedeckt werden, die der Gemeinde von der Rückversicherung der Potsdamer Bezirks-Einkaufsgesellschaft G. m. b. H. zu gemeinnützigen Zwecken überlassen worden sind.

Die Ansiedlung Schwante. In Schwante bei Velten ist eine Ansiedlung im Werden, die das Ziel zahlreicher Siedlungsfreunde ist, die sich dort über das Entstehen einer Siedlung nach praktischen Grundsätzen unterrichten wollen. So war am Sonntag, den 12. dieses Monats, die Ansiedlung Schwante das Reiseziel des Vereins für Kriegsbeschädigten-Ansiedlung. Die Siedlung Schwante ist eine Gründung der Gärtner-Wirtschaftsgenossenschaft e. G. m. b. H., Sitz Berlin C. 2, Burgstr. 14, die uns mitteilt, daß zurzeit keine Siedlerstellen mehr frei sind. Eine Kriegsbeschädigtenansiedlung ist Schwante nicht, obwohl unter den Genossen sich auch einige Kriegsbeschädigte befinden. Die Gründer und geistigen Urheber der Siedlung sind der Fachredakteur und gärtnerische Sachverständige Walter Tschenke und der Obergärtner K. Homberg, die mit dem Architekten F. Emsmann den derzeitigen Vorstand der Genossenschaft bilden.

Verband der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten. Die kürzlich durch die Arbeiterpresse gegangene Aufforderung an die Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands zwecks Zusammenschluß zu einer Tagung in Berlin zu erscheinen, hat einen verhältnismäßig guten Erfolg gezeitigt. Die nächste Tagung findet am Sonntag, den 19. September, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Pilz, Berlin NW, Rostocker Str. 27, statt. Alle Patientenräte an den Heilstätten werden ersucht, eine Delegation abzuordnen oder schriftlich sich zu wenden an Paul Hennig, Berlin NW, Wiclefstr. 36.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 15. September:

Plötzensee. Versammlung der Beamten der Plötzenseer Strafanstalt 7½ Uhr im Insel-Restaurant. Thema: „Sozialismus und Bolschewismus". Referent: Genosse Th. Kadelitz.

Rosenthal. 7 Uhr wichtige Funktionärversammlung bei Pebran, Hauptstr. 15.

Lichtenberg. Die im heutigen Morgenvorwärts angezeigte Mitgliederversammlung ist eine Falschmeldung, da die Versammlung bereits in voriger Woche stattfand.

Charlottenburg. IV. Gruppe. Der Lesabend wird auf Montag den 20., verlegt.

Weißensee. Die für heute angezeigte Mitgliederversammlung findet nicht statt.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Eisenbahner.

Dresden, 12. September 1920.

In Anwesenheit von mehr als 300 Delegierten und Gästen wurde heute nachmittag die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes eröffnet. Der Verbandsvorsitzende, Brunner, weist in seiner Begrüßungsrede darauf hin, daß es infolge des starken Wachstums des Verbandes und des Zusammenschlusses mit dem Deutschen Verkehrspersonalverband notwendig wurde, den Verbandstag einzuberufen. Die Eisenbahner kämpfen nicht allein für ihre eigenen Interessen, sondern für die des gesamten Volkes. Das haben sie bewiesen bei der Niederschlagung des Kapp-Putsches und bei der Durchführung der deutschen Neutralität. Sie müssen aus diesem Grunde verlangen, daß die Regierung Verständnis für ihre Forderungen zeigt. — Weitere Begrüßungsansprachen halten Claus für die Dresdener Ortsgruppe der Eisenbahner und Oberbürgermeister Blüher für die Stadt Dresden. — Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden Scheffel-Berlin, Gäbel-Sachsen, Abelhoch-München gewählt. Beschlossen wird dann, die Tagesordnung durch folgende Punkte zu erweitern: 1. Die wirtschaftliche Lage. 2. Betriebsräte. 3. Unsere Taktik bei Gehalts- und Lohnbewegungen und in der Agitation. 4. Die Lohnpolitik des Verbandes und der Reichslohntarif. 5. Die Ausführungsbestimmungen zum Betriebsrätegesetz und die Jenaer Richtlinien. Außerdem wird beschlossen, die entsprechenden Korreferenten zu bestellen und ihnen je eine Stunde Redezeit zu gewähren.

Dresden, 13. September 1920.

Als weitere Gäste sind erschienen der sächsische Ministerpräsident Buck, ein Vertreter der Oberpostdirektion Dresden, sowie vom Deutschen Transportarbeiterverband Schumann und Rathmann. Ministerpräsident Buck, der bereits am Sonntag ein Begrüßungstelegramm übermittelt hatte, begrüßt im Namen der sächsischen Regierung die Generalversammlung, hebt die Bedeutung der Tagung für die Oeffentlichkeit hervor und wünscht den Verhandlungen besten Erfolg.

Den Geschäftsbericht erstattet Scheffel-Berlin. Er behandelt in eingehender Weise die Vorgeschichte und den Werdegang des preußischen Lohntarifvertrages. Der Vorstand hat alles getan, um die Bewegung günstig zu beenden. Er hat es an Energie gegenüber der Regierung und der Eisenbahnverwaltung nicht fehlen lassen und anläßlich der Verschleppung der Lohnforderungen am 6. Januar sogar mit dem organisierten Generalstreik gedroht. Die Folge war, daß am gleichen Tage ein amtliches Telegramm ins Land ging, in dem die Klärung der Lohnfrage für den nächsten Tag angekündigt wurde. Tatsächlich wurde am 7. Januar der Handwerkerlohn auf 8,50 M. festgesetzt. Die Verhandlungen wurden leider durch unverantwortliche Personen gestört. In Frankfurt a. M. wurde der Beschluß gefaßt, nur nach Vorschrift zu arbeiten. In verschiedenen Bezirken des Landes flammten Teilstreiks auf. Die Urheber dieser Bewegung haben nicht im gewerkschaftlichen Lager gestanden. Dies gab der Regierung den erwünschten Anlaß, die

Schließung der Werkstätten

vorzunehmen. Damit verbunden war die zwangsweise Einführung der Akkordarbeit und die Vorlegung eines Reverses an die Wiedereinzustellenden. Die Funktionäre unseres Verbandes wurden in erster Linie davon betroffen. Infolge dieser wilden Aktionen hatte der Vorstand einen sehr schweren Stand. Von Berlin aus wurden Kuriere ins Land geschickt, Sonderkonferenzen fanden statt, zahlreiche Kommissionen erschienen aus dem Lande. Die Berliner Ortsverwaltung leistete sich eine 50- bis 60gliedrige Kommission, die die Einreichung neuer Forderungen und sofortige Vorstellung im Ministerium verlangte. Es wurde dem Vorstand sehr übel genommen, daß er den Kurieren mit dem Ausschluß aus dem Verbande drohte. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß dem Ministerium aus verschiedenen Bezirken für den Vorstand bestimmte Mißtrauensresolutionen übermittelt wurden. Offenbar sollte damit dem Minister ein Bild der Geschlossenheit gegeben werden. Dadurch war es der Eisenbahnverwaltung möglich, unter dem Vorwand, die Produktion zu heben und die Betriebe wirtschaftlicher zu gestalten, die Werkstätten 14 Tage lang stillzulegen. Die zur Prüfung der Entlassungsgründe eingesetzten Kommissionen haben infolge der geringen Energie der daran beteiligten Landtagsabgeordneten völlig versagt. Eine vom Vorstand dem Ministerium übermittelte Eingabe, den zu Unrecht Ausgesperrten bzw. Entlassenen den entgangenen Lohn zu ersetzen, wurde abgelehnt, mit dem Hinweis, daß für die Staatsarbeiter kein moralisches Recht auf Weiterbeschäftigung bestehe. Durch unseren Einfluß wurde die Dreiteilung der Beamten in untere, mittlere und obere Beamte beseitigt.

Redner behandelt weiter die Verschmelzungsfrage mit den gegnerischen Organisationen. Der Zusammenschluß mit dem Deutschen Verkehrspersonal-Verband brachte der Organisation 110 000 neue Mitglieder. Die Verhandlungen mit dem Gewerkschaftskartell Deutscher Staatshandwerker-, Arbeiter-, Fach- und Spezialverbände haben leider kein befriedigendes Ergebnis gehabt. Die in Betracht kommenden Verbände mit ungefähr 25 000 Mitgliedern verlangen eine Selbständigkeit innerhalb der Einheitsorganisation, die wir aus gewerkschaftlichen Gründen nicht zugestehen können. Wir wissen aber heute, was wir von den Talmigewerkschaften zu halten haben, und werden uns dementsprechend einrichten. Die Entwicklung des Verbandes wird dadurch jedenfalls nicht aufgehalten werden.

In seinen Schlußausführungen bespricht der Berichterstatter die Haltung des Verbandsvorstandes zu den Truppen- und Munitionstransporten und zu der Frage der internationalen Eisenbahnerbewegung. Scheffel schließt seinen Bericht mit dem Hinweis, daß der Verband kein Instrument in den Händen der

Drahtzieher der Kommunisten

werden darf. Es wäre Torheit und Wahnsinn, wollen wir unsere gewerkschaftliche Arbeit stören lassen. Aufbauen wollen wir und nicht zerstören! Der alte Schweizer Sozialistenführer Greulich hat einmal die Worte gesprochen: „Der dümmste Kerl ist imstande, die schönste Villa zu zerstören, er kann aber nicht einmal einen Saustall aufbauen!“ Das muß uns eine Warnung sein und uns veranlassen, gemeinsam zu arbeiten, um in unserem Verbande ein Reich des Friedens und der Freiheit zu errichten. — Der sechsstündige Bericht findet den stürmischen Beifall der Generalversammlung.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind 258 Delegierte und 58 Mitglieder des Vorstandes, Bezirksleiter, Abteilungsleiter des Hauptbureaus und Gäste anwesend. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt.

Aus dem Bericht, den der Hauptkassierer Dräger erstattet, ist hervorzuheben, daß die Finanzen des Verbandes gute sind. Die Einnahmen betrugen im Jahre 1919 fast 9 Millionen Mark, die Ausgaben rund 4 Millionen Mark. Das Vermögen beziffert sich auf 8½ Millionen Mark.

Den Pressebericht erstattet der Redakteur Kohur. Er betont, daß die Redaktion es bisher abgelehnt hat, das Gewerkschaftsblatt zum Tummelplatz politischer Leidenschaften zu machen. Die Anträge, die sich mit der Schreibweise des „Deutschen Eisenbahner“ befassen und eine schärfere Hervorhebung des Klassenkampfstandpunktes und eine revolutionäre, nach links gerichtete Orientierung verlangen, werden kaum Berücksichtigung finden können.

Der Hamburger Hafenstreik.

Hamburg, 15. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Unionisten und radikalen Kreise versuchen weiter, den Hafenarbeiterstreik fortzuführen. Es handelt sich dabei vor allen Dingen um die Verteilung der Arbeit und um die Erwerbslosenfrage. Die Radikalen sind mit der Regelung der Arbeitsteilung durch das Hamburger Arbeitsamt nicht einverstanden. „Der Wirtschaftsrat der Betriebsräte Groß-Hamburgs und das Gewerkschaftskartell erlassen in Gemeinschaft mit der Afa eine Bekanntmachung, in der energisch vor den wilden Streiks gewarnt und gesagt wird, daß nur den Aufforderungen der gewerkschaftlichen Organisationen Folge geleistet werden soll. Eine am Dienstag abend abgehaltene Versammlung der Hafenarbeiter nahm einen sehr stürmischen Verlauf; da sie großenteils von den Radikalen besucht war, wurde mit wenigen Stimmen Mehrheit beschlossen, im Streik zu verharren. Nach dem Statut ist aber eine Zweidrittelmehrheit nötig und der Beschluß hat keine weitere Bedeutung. Der Umfang der Arbeitsniederlegung hat sich am Mittwoch wieder verringert.

Politische Arbeiterräte und Afa.

Vom Hauptvorstand der Afa geht uns nachstehende Erklärung zu:

In den letzten Wochen wird von verschiedenen Seiten in den Betrieben die Wahl von politischen Arbeiterräten veranlaßt. Es handelt sich dabei lediglich um die Maßnahmen einzelner politischer Parteien und es muß deshalb jedem einzelnen Angestellten überlassen bleiben, sich bei der Wahl dieser politischen Arbeiterräte entsprechend seiner politischen Parteiauffassung zu verhalten. Mit der gewerkschaftlichen Bewegung stehen die politischen Arbeiterräte in keinem Zusammenhang.

Soweit sich in den Betrieben zwischen den politischen Arbeiterräten und einzelnen Mitgliedern der gesetzlichen Betriebsräte eine Personalunion ergeben sollte, steht den politischen Arbeiterräten keinerlei Recht zu, die Betriebsräte für ihre Zwecke und Beschlüsse zu benutzen. Der Aufgabenkreis der Betriebsräte ist in den Richtlinien der freien Gewerkschaften (A. D. G. B. und Afa) angegeben, und es muß erwartet werden, daß die Kollegen innerhalb der Betriebsräte danach verfahren. Soweit sich innerhalb einzelner Betriebsräte durch das Verhalten der politischen Arbeiterräte für die Angestellten Schwierigkeiten ergeben, wird um sofortigen Bericht nach der Hauptgeschäftsstelle der Afa, Berlin NW. 52, Werftstr. 7, gebeten.

Gewerkschaftskommission Schöneberg. Sitzung Freitag, den 17. September 1920, bei Grundt, Meininger Str. 8, abends 7 Uhr. Stellungnahme zum Regulativ der Berliner Gewerkschaftskommission.

Gastwirtsgewerbe. Donnerstag, den 16. September 1920, vorm. 10 Uhr, Versammlung im Café „Stern“, Oranienburger Tor. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zum Betriebsrätekongreß. Einführung einer einheitlichen Arbeitsordnung. — Große öffentliche Versammlung Donnerstag, den 16. September 1920, nachmittags Punkt 3 Uhr, Zirkus Busch. Tagesordnung: Die Verkürzung der Polizeistunde und die Lage der gastwirtschaftlichen Angestellten.

Wirtschaft

Zur Eiereinfuhr.

Durch verschiedene Zeitungen ging die Mitteilung, daß die Einfuhr billiger italienischer Eier gesperrt sei. An zuständiger Stelle erfahren wir, daß seit dem Juli d. J. die Einfuhr von Eiern völlig freigegeben ist. In Italien dagegen besteht Zwangswirtschaft für Eier und Ausfuhrverbot. Auch würden sich bei dem Stand der Valuta eingeführte Eier auf 2—2,50 M. ab Grenze stellen. Die Hoffnung, durch Einfuhr von Eiern den Inlandspreis zu senken, besteht also nicht. Wir könnten im Inland das Ei zum Preise von 1 M das Stück an den Konsumenten wohl bringen, wenn wir nicht die gepriesene „freie“, sondern eine organisierte Wirtschaft, einen konzessionierten Handel hätten.

Verschmelzungsverhandlungen in der Maschinenindustrie. Es sind in ähnlicher Weise wie bei der abgeschlossenen Interessengemeinschaft Gutehoffnunghütte und Maschinenfabrik Eßlingen auch an die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg aus der Schwerindustrie zahlreiche Vorschläge wegen Angliederung herangetreten, ohne daß die Verwaltung sich für einen entschieden oder einen prinzipiellen Entschluß gefaßt hat. Vor allem scheint man sich vor der Sozialisierung zu fürchten, die im Augenblick eines Zusammenschlusses näher rückt. — Zwischen einer der größten amerikanischen Autoreifenfabriken, der Goodrich Tire Company und der Continental Caoutchouc und Guttapercha Compagnie in Hannover wurde nach demselben Blatt ein Abkommen getroffen, wonach die amerikanische Gesellschaft der deutschen ihre Lizenzen für Deutschland zu einem mäßigen Preise überläßt, während die in der letzten Generalversammlung geschaffenen 11¼ Mill. Mark neuer Aktien zu 433⅓ Proz. an die amerikanische Gesellschaft übergehen.

Ueberfluß an Braunkohlen. Auf der Grube „Marie“ in Holdenstedt lagern 100 000 Zentner Braunkohlen. Die Kreiskohlenstelle in Sangerhausen gibt bekannt, daß die Kohlen auf dem Landweg schleunigst abgefahren werden müßten, da sonst der Grubenbetrieb eingestellt und die Arbeiter entlassen werden müßten. Um diese Betriebseinstellung zu vermeiden, gibt die Kreiskohlenstelle jetzt an jedermann Kohlen in beliebiger Menge ab.

Darlehnshilfe für die deutschen Kleinbahnen.

Das Reich, Preußen und die Provinzen wollen den wirtschaftlich notleidenden Kleinbahnen durch eine einheitliche Darlehnsgewährung zu Hilfe kommen. Es ist in Aussicht genommen, daß das Reich 15 Millionen, der Staat Preußen 27 und die Provinzen gleichfalls 27 Millionen Mark aufbringen. Zur Bedingung wird gemacht, daß die beteiligten gewerblichen und landwirtschaftlichen Kreise sowie die Kreisverbände auch bereits Mittel in gleicher Höhe zur Unterstützung der Kleinbahnen aufbringen. Durch diese Darlehen sollen Kleinbahnen, die aus eigener Kraft zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes infolge der allzu stark gewachsenen Unkosten nicht mehr in der Lage sind, die aber in absehbarer Zeit wieder zu einem sich selbst erhaltenden Betriebe gelangen können, unter erträglichen Bedingungen über Wasser gehalten werden.

Gründung eines holländischen Schiffahrtstrusts.

Folgende Schiffahrtsgesellschaften, die zu den bedeutendsten Hollands gehören, haben sich, wie die „Telegraphen-Union“ meldet, unter der Firma: „Vereenigte Nederlandsche Scheepvaart Mij. zusammengeschlossen: Stoomvaart Mij., Java-Japan-Line, Kon. Paketvaart Mij. Holland-America-Line, Rotterdamsche Lloyd, Messrs. de Maas and van Niebelt und Messrs. C. Goudrlaan & Co. Das Kapital der neuen Vereinigung beträgt 200 Millionen Gulden, wovon die Hälfte emittiert und eingezahlt ist. Das Zentralbureau befindet sich im Haag. man beabsichtigt die Schaffung neuer Linien nach Ostasien, Ostindien, Australien und Afrika.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Blasse Wangen
Rosige Wangen von blühendem Teint erhöhen Liebreiz und Schönheit machtvoll. „Jugendrose“, das natürliche Wangenrot von wahrer Lebensfrische. Flasche M. 5.50 und M. 8.50. Otto Reichel, Berlin 43 — SO. Eisenbahnstr. 4. —

Echte Perserteppiche
bis 3×4 aus Privathand gesucht. John Rosenthal, Berlin W. 8, Taubenstr. 10, Fernsprecher Zentrum 7791.

Verkäufe

Pelzgarnituren! Wieselfüchse 110, Naturfüchse 125, Zobelfüchse 150 Mark, elegante Kreuzfüchse, Silberfüchse sowie alle anderen Pelzarten, alles neue, keine Versatzware, zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen! Leihhaus Warschauerstraße 7.

Herren- und Damenhüte alte, werden in der Hutfabrik Fischmann, Gr. Frankfurterstraße 43, schnellstens wie neu umgepreßt.

Pelzwarenwegner, Potsdamerstraße 43. Gipfel aller Billigkeit. Spottbilligste Sommerpreise für Damenpelzwaren, Herrenpelzwaren, Kinderpelzwaren. Gelegenheitskauf aller erdenklichster Pelzarten.

Gardinen, Künstlergarnitur, Stores, Bettdecken, Meterware preiswert. Landsbergerstraße 13. 1326*

Schnauze, Stubenhündchen, junge Foxterrier, Pinscher, Schäferhunde verkauft Schaffland, Palisadenstraße 28. 94/14*

Wandlitz. Quadratrute 20 Mark, 100 Mark Anzahlung. Hüllen, Steglitz, Bismarckstr. 11. Fernsprecher Steglitz 2894.

Pelzwaren! Jetzt ganz bedeutend billiger. Kreuzfüchse, Zobelfüchse jetzt 75 Mark. Herren-Pelzkragen jetzt 68 M. Riesenauswahl in allen anderen Pelzwaren, jetzt fabelhaft billig. Pelzmäntel, Pelzbesätze, Pelzhüte. Reparaturen, Umarbeitungen allerschnellstens. Spezial-Pelzwarenhaus, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 113/114, Hochparterre.

Sealmäntel. Gelegenheiten. Modernste Formen, beste Felle, Maulwurfmäntel, Pelzjacken, Herrenpelze, Silberfüchse, Kreuzfüchse, Zobelfüchse, Weißfüchse. Sie finden, was Sie suchen, gut und billig. Blauer Bazar, Kaiser-Wilhelm-Str. 18, beim Alexanderplatz. 1820a

Pelzgarnitur 250,—, Sealmäntel, Kreuzfüchse, Zobelfüchse, Alaskafüchse, Blaufüchse, 50 Prozent herabgesetzt. Liptop, Turmstraße 53.

Betten, einbettig 55,— an, zweibettig 75,— an. Gardinengelegenheitskäufe. Köpenickerstraße 101, II. Etage.

Gardinenverkauf! 10 billige Tage! Schalgardinen (Schmal, leicht angestaubt) 28,— aufwärts, bunte Gardinen Meter 6,50, Bettdecken, einbettig 55,—, zweibettig 75,— aufwärts, Stores 75,—. Echte Madrasgardinen 195,— aufwärts, hochelegante Künstlergardinen in Erbstüll und Englischtüll bedeutend herabgesetzt. Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe, Köpenickerstraße 101, II. Etage (nahe Jannowitzbrücke).

Zahlreiche Herrenanzüge, auch Cutawayanzüge, Gehrockanzüge, Marengopaletots, Raglanulster, Kammgarnhosen verkauft staunendbillig Luft, Reichenbergerstraße 18, vorn I, direkt am Kottbuser Tor.

Ausnahmeangebot! Schlafzimmer, Eiche, solideste Verarbeitung, komplett mit Patent- und Auflage-Matratzen, 4075,—, 5975,—, 6475,—. Schlafzimmer-Spezial-Fabrik, Burgstraße 27, Bureauhaus, Börse. 112/8*

Geschäftsverkäufe

Lebensmittelgeschäft, geeignet für Wild u. Geflügel, verkauft Czerwinski, Samariterstr. 2

Möbel

Möbelangebot. Große Auswahl zu bedeutend herabgesetzten Preisen gegen Kasse sowie auf Wunsch bei kleiner An- und Abzahlung. Rath, Elsasserstraße 44, Oranienburger Tor.

Fahrräder

Fahrradmäntel 55,—, Schläuche 22,—, Schlauchreifen 125,—. Kraus, Große Frankfurterstraße 52. 96/15

Fahrradankauf. Kraus, Gr. Frankfurterstr. 52. 96/14

Musikinstrumente

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums, gebrauchte und neue Instrumente, Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzstraße 16. 1598

Einzelpiels Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 20,— Monatshonorar, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 186. 1568

Rubenstein-Pianos, neu, gebraucht, 2500,— an. Gelegenheitskauf, auch Teilzahlung. Münzstraße 10.

Pianos, Flügel, Harmonien, neu und wenig gebraucht, Friedensware, Gelegenheitskäufe, günstige Zahlweise. Franz Ferd. Seydel, Spandauerstr. 18.

Bierling-Pianos, neue, gute gespielte, wohlfeile Gelegenheiten. Rotzbauerstr. 5. 75 R*

Tafelklavier, Piano oder Flügel und Harmonium kauft Schachtschneider, Buckowerstraße 14 III, Preisangabe.

Jeder Eisenbahner
der vorwärts strebt und nach dem Grundsatz: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ sich durch einschlägige Fachliteratur fortbilden will
liest
zur Vervollkommnung seiner Berufskenntnisse unsere konkurrenzlose Fachzeitschrift
Die Eisenbahnfachschule
Amtliches Organ des Verbandes Deutscher Eisenbahnfachschulen und technische Zeitschrift für alle Eisenbahner.
Interessante Artikel. Lehrreiche Abhandlungen.
Aus dem Inhalt: Demokratisierung im Eisenbahnwesen. — Die Entwicklung der Siemens-Werke. — Neuerungen im Signalwesen. — Lokomotivkessel mit Ueberhitzer. — Wasserstandsanzeiger. — Elektrisches Schweißen in Eisenbahnwerkstätten. — Der Luftdruck, das Barometer. — Die Verwendung von flußeisernen Lokomotiv-Feuerbüchsen. — Der Lokomotivkessel. — Die Telegraphie. — Elektrische Schnellbahnen — und vieles andere mehr.
Bezugspreis direkt vom Verlag unter Kreuzband Mark 5.— pro Vierteljahr, durch die Post bezogen Mark 4.— zuzüglich Mark 0,30 Bestellgeld.
Verlangen Sie kostenlos Probenummern.
Für Vereine billiger. Für Vereine billiger.
Anerkannt vorzügl., wirkungsvolles Insertionsorgan.
Inserate in der „Eisenbahnfachschule“ haben den größten Erfolg; die Leserschaft setzt sich nachweisbar aus den Eisenbahnbehörden, sowie ca. 20 000 Hörern der Eisenbahnfachschulen zusammen. An über 100 Schulen im ganzen Reiche verbreitet. — Man verlange Offerte.
Verlag A. Wesemann, Berlin SW., Königgrätzer Straße 109.
Tel. Kurfürst 4015. Postsch. Berlin 30475. Telegr. Diwesamfo

Konzertpiano 7500, Klavier 2500, kleiner Flügel 4500, gebrauchtes Harmonium 1800, kleines 275, verkauft Berger, Oranienstraße 186.

Konzertpiano, elegantes schwarzes 7500,—, Nußbaumpiano 6500,—, Klavier 1900,—, verkauft Berger, Oranienstr. 186.

Kaufgesuche

Schellack, Leim kauft höchstzahlend Koepke, Stubbenkammerstraße 8. 96/16

Mauserpistole (Parabellum) kauft oder tauscht gegen Taschenbrowning Beneckendorff, Rheinstraße 47. Rheingau 9180.

Platin, über Tagespreis, Brennstifte, Platinkontakte, Gold, Silber in Bruch, auch in Barren, Quecksilber, Zahngebisse kauft zu den höchsten Preisen Adolf Friedländer, Kommandantenstraße 29 I. rechts.

Spiralbohrer kauft laufend Hiepler, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 7. Telephon: Wilhelm 1167.

Glühstrumpfasche kauft zu absolut höchsten Preisen Blümel, Elsasserstr. 23a I. 1269*

Gebisse, einzelne Zähne, Kupfer, Messing, Blei, höchstzahlend. Schari, Elsasserstraße 78.

Standuhr verkauft Haupt, Berlin, Potsdamerstraße 29.

Unterricht

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse. Herren-, Damenschneiderei. Wäsche, Putzkurse. Schnittzeichnen, Zuschneiden, Nähkurse. Schnittmuster. Fernsprecher: Königstadt 299.

Dieckmann'sche Zuschneideschule Berlin, Leipzigerstraße 83. Erstklassige Ausbildung in der Zuschneidekunst der Herren- und Damenschneiderei.

Tanzunterricht Karl Friedrich, Michaelkirchstr. 29. Anfängerkurse, Modetanzkurse, Einzelunterricht. 83/10*

Kaufmännische Privatschulen Ludwig Ahrens, Görlitzer Bahnhof, Neue Promenade 5, Spittelmarkt, Seydelstr. 1. Halbjahres-, Jahreslehrgänge zur Ausbildung für den kaufmännischen Beruf sowie Einzellehrgänge. Einzelunterricht. 1315*

Fröbel, Oberlin-Institut, Privat-Haushaltsschule, Inh. Heinrich Wollat, Wrangelstraße 10. Ausbildung für die eigene Hauswirtschaft oder als Kinderfräulein, Stützen, Jungfern, Hausmädchen. 84/20

Kaufmännische Privatschule von Hugo Strahlendorff, Beuthstraße 11 am Spittelmarkt, Zentrum 1750. Halbjahres- und Jahreslehrgänge, vormittags 9—1 für jüngere und ältere Damen und Herren zur Ausbildung für das Kontor; für solche mit höherer Schulbildung besondere Lehrgänge einschließlich Englisch und Französisch. Vierteljahreslehrgänge in kaufmännischem Rechnen, Schriftverkehr, Buchführung, Scheck- und Wechselkunde, Kurzschrift, Maschinenschreiben. Lehrpläne unentgeltlich. 1319

Berlitz-Schulen G. m. b. H. Unterricht in allen Sprachen. Abendklassen: Englisch, Französisch: 25 Mark monatlich. Kleine Tagesklassen. Einzelunterricht während des ganzen Tages. Kleine Klassen für Spanisch, Russisch: monatlich 35 Mark. Prospekte kostenlos. Leipzigerstr. 123a, Tauentzienstraße 19a.

Damenfrisieren lehrt gründlich billigst Kender, gepr. Friseurlehrerin, Lindenstraße 113.

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienta, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

Dr. Jackelmanns Einjährigen-, Primaner-, Abiturienten-Anstalt, Hohenzollerndamm 198. Freiprospekt! 80/15*

Dr. Eins. Vorbereitung auf alle Schulprüfungen. Alexandrinenstr. 68. 1602*

Verschiedenes

Erfinder, Patentbureau Bachscher, Gertraudtenstraße 15. Zentrum 7600. 752*

Kunststopferei Große Frankfurter Straße 67. 685*

Damm, Detektiv, Norden 7213, Invalidenstr. 38. Auskünfte, Beobachtungen, Verbrechen-Bearbeitung. 1748*

Spezialist: Ehesachen, Strafsachen, Gerichtsvertretung. Neukölln, Berlinerstraße 162 (Hermannplatz). 1268

Möbeltransport. Spezialgeschäft, Berlin — auswärts. Garantie. Stein, Berlin, Diedenhofenerstraße 6. Humboldt 5068.

„Neue Zeit“, Jahrgang 1884, 1885 und 1886, Leder gebunden, verkauft. Angebote unter D. 3 Hauptexpedition „Vorwärts“.

Erwerbstätige Frauen erfahren, was die Frau im öffentlichen Leben bedeuten kann, durch die Broschüre „Frauenstimmen“ (2.75 M.) Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.

Wandervögel finden neue Ziele für ihre Fahrten in Lessens schönem „Wanderbuch“. (9 M.) Buchh. Vorwärts, Lindenstraße 2.

Welcher Beamte hätte kein Interesse am Besoldungsgesetz? Die Steinkopfsche Schrift „Was muß der Beamte vom Beamtenbesoldungsgesetz wissen?“ klärt über alles auf. (2.40 M.) Buchhandl. Vorwärts, Lindenstraße 2.

Steuerfragen sind Ihnen noch ein Rätsel? Wissells „Führer durch das Reichseinkommensteuergesetz“ (3 M.) löst sie alle. Buchh. Vorwärts, Lindenstraße 2.

Angstgefühl verliert man als öffentlicher Redner, wenn man vorher Fritz Müllers „Kunst der freien Rede“ liest. (2.40 M.) Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Botenfrauen werden verlangt von der Zeitungs-Zentrale Ackerstraße 174, Pringenstraße 11, Hof rechts parterre, Greifenhagenerstraße 22, Wilmersdorf, Holsteinischestraße 19. †134*

Botenfrauen sucht Zeitungs-Zentrale Boxhagenerstraße 60.